

**XIX. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 32. Beiratssitzung am 13. März 2018**  
**Sitzungsraum des Ortschafts Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen**  
**Beginn 19:00 Uhr – Ende 20:40 Uhr**

Anwesend waren  
die Damen und Herren Beiratsmitglieder  
S. Besecke, R. Hennig, R. Kurpjuhn, R. Serin-  
M. Hornhues, B. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, Herr Eckert-  
B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt -  
R. Tegtmeier –  
T. Koschnick –  
H. Boll –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum  
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

\*

**Herr Boehlke** eröffnet die Sitzung.

Er weist auf Tonaufnahmen zur Erstellung des Protokolls hin. Wer keine Aufnahme seines Wortbeitrages wünscht, wird um Mitteilung gebeten. Die Aufnahme wird dann unterbrochen.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortschafts am 02.03.2018 verschickt.

Änderungen zur Tagesordnung:  
Keine

*Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.*

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 13.02.2018**

*Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.*

**TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen**

**2.1:** **Frau X** fragt nach dem Sachstand zur geplanten Einrichtung in der Käthe-Kollwitz-Straße 1. Es gibt nach wie vor keine abschließende Antwort aus dem Sozialressort.

**2.2:** **Herr X** möchte, dass überprüft wird, ob eine illegale Betreibung des Zwischenlagers der Fa. Hirsch vorliegt. Diese hatte bekannt gegeben, dass keine neuen gelben Tonnen an Anwohner ausgegeben werden, da sich in den Tonnen nicht nur

Plastikmüll befindet sondern auch anderer Abfall entsorgt wird. Wenn dem so ist, würde ja auch dieser andere Abfall im Zwischenlager vorhanden sein.

### **TOP 3: Tagesbetreuungsangebote für Kinder im Stadtteil Burglesum**

**Herr Boehlke** teilt den Anwesenden mit, dass er heute sehr gern eine Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung hier begrüßt hätte. So war es auch mit der zuständigen Mitarbeiterin Anfang Februar besprochen. Sie selbst wusste zu diesem Zeitpunkt, dass sie in Mutterschutz ist, wollte aber ihre Vertretung entsenden. Auf die offizielle Einladung erhielt **Herr Boehlke** nun die offizielle Absage. Diese wird von Herrn Boehlke verlesen. Darin heißt es das im Bereich der Anmeldezahlen für die Kindertagesstätten entsprechend des beigelegten Ablaufplanes die Berichterstattung an die Gremien erst nach Vorliegen der Auswertung des Statusberichtes II und ihrer Anlagen sowie deren Prüfung der voraussichtlichen Auslastung der geplanten Plätze sinnvoll und ab 8. Mai vorgesehen ist. Es liegen zur Zeit keine weiteren Zahlen vor. Die weitere Ausbauplanung soll ab Juni vorgestellt werden.

**Herr Boehlke** informiert, dass er in diversen Gesprächen in der vergangenen Woche, unter anderem mit der Senatorin, sowohl auf die verlässliche Zusage von Frau Pauluhn, als auch auf die Notwendigkeit und das Informationsrecht des Beirates mehrfach hingewiesen hat. Dennoch blieb das Ressort bei seiner Absage.

**Herr Boehlke** empfiehlt dem Beirat einen offiziellen Beschluss zu fassen, in dem er nach § 7 (Informationsrechte des Beirates) Ortsbeirätegesetz im Rahmen einer möglichen Planungskonferenz umfänglich über das Thema zu informieren ist.

Nach dem Ortsbeirätegesetz muss die Auskunft innerhalb eines Monats erfolgen, die Frist kann nur im Einvernehmen mit dem Beirat verlängert werden.

Zum Sachstand von Immobilien Bremen teilt **Herr Boehlke** mit, dass es seitens Immobilien Bremen Verzögerungen in der Sache „Hort im ehemaligen Ortsamt“ gibt.

Die Machbarkeitsstudie ist noch nicht abgeschlossen, da es sich aufgrund des Sanierungsbedarfes um ein kompliziertes Bauvorhaben handelt. Dadurch gibt es einen entsprechend langen Realisierungszeitraum.

**Herr Boehlke** berichtet von seinem Gespräch mit Frau Latimer von dem Kindertagesstätten Nord e. V.. Die Bereitschaft der Übernahme des Hortes (3 Gruppen á 20 Kinder) besteht weiterhin und auch das Personal ist vorhanden. Morgen Vormittag wird eine gemeinsame Besichtigung einer Privatimmobilie erfolgen. Nach der ersten Sichtung der Grundrisse könnte dort der Hort eingerichtet werden.

**Herr Hornhues** äußert sich empört über das Nichterscheinen der Bildungsbehörde. Der Beirat hat nichts anderes gefordert als das, was dem Beirat in Vegesack vor kurzem in einer Planungskonferenz präsentiert wurde.

**Frau Hornhues** möchte eine bedarfsgerechte und ausreichende Kinderbetreuung im Stadtteil Burglesum und die Eltern dabei unterstützen und für Lösungen sorgen. Es ist ein Unding, dass die Bildungsbehörde nicht mit dem Beirat und der Bevölkerung darüber diskutieren möchte. Berufstätige Eltern haben ein Problem, wenn ihren Kindern ab Sommer

kein Hortplatz mehr zur Verfügung steht. Sie kann und will niemandem vor Ort erklären, warum sich die Behörde hier aus der Verantwortung stiehlt.

**Frau Boll** erläutert ihren Beschlussvorschlag zur Personalaufstockung bei Immobilien Bremen. Immobilien Bremen kann die vielen Projekte um Neu-/ Umbau und Sanierung nicht mehr abarbeiten. Dies zeigt sich deutlich daran, dass wichtige Bauvorhaben wie Schulen, Kita's etc. mit erheblicher Zeitverzögerung oder noch gar nicht angegangen wurden. Eine kurzfristige Abhilfe könnten Architekten oder Mitarbeiter vermittelt durch einen Dienstleister schaffen. Möglicherweise eröffnet sich hier sogar eine Möglichkeit einen Kandidaten als möglichen neuen Bewerber einzustellen.

**Frau Schnaubelt** versteht nicht worauf sich die im Antrag von Frau Boll genannten Bewerbungsverfahren beziehen, um die Bewerbungen der Eltern um Kita-Plätze oder um Mitarbeiterbewerbungen an Immobilien Bremen. **Frau Boll** erklärt dass es sich um Immobilien Bremen handelt.

**Herr Hennig** teilt mit, dass der Beirat mit der gewünschten Planungskonferenz seine rechtlichen Mittel ausschöpft. Er ist aber nicht sicher, dass die Behördenvertreter dann erscheinen.

**Aus dem Publikum** wird vorgeschlagen, dass der Beirat Immobilien Bremen verklagt. Schon bei der Alten Dorfschule Burgdamm hätte es unvollständige Informationen an den Beirat gegeben. Sie ist der Meinung, dass sich wahrscheinlich private Investoren für das „Sahngrundstück altes Ortsamtsgebäude“ interessieren und deshalb das Ganze von Immobilien Bremen aufgeschoben wird.

**Herr Hornhues** erklärt, dass man zunächst auf die Informationen seitens der Behörde vertrauen muss. Erst wenn es sich offensichtlich um falsche Tatsachen handelt, kann man zweifeln und gegebenenfalls rechtliche Schritte überlegen.

**Herr Hennig** merkt an, dass der Beirat anders als ein Gemeinderat in Niedersachsen nicht den Klageweg beschreiten kann.

**Eltern aus dem Publikum** äußern sich enttäuscht. Sie haben sich in der heutigen Sitzung konkrete Aussagen der Bildungsbehörde erhofft und sind entsetzt, dass niemand aus der Bildungsbehörde erschienen ist. Sie betonen die Dringlichkeit neuer Hortplätze.

*Antrag von BIW*

1. Beschluss (einstimmig):

*Die Senatorin für Finanzen wird aufgefordert für eine sofortige Personalaufstockung bei Immobilien Bremen zu sorgen. Dies kann kurzfristig und befristet über Personaldienstleister geschehen bis das Bewerbungsverfahren bei Immobilien Bremen abgeschlossen ist.*

2. Beschluss (einstimmig):

*Der Beirat Burglesum ist hochgradig verärgert und kritisiert die Nichtteilnahme einer Vertretung der Senatorin für Kinder und Bildung (SKB), trotz vorheriger Terminabsprache und erneuerter fester Zusage, sowie Immobilien Bremen (IB) aufs Schärfste und bedauert zugleich, dass solch ein bedeutendes Thema für den Stadtteil augenscheinlich nur mit dem Verweis auf die Beiratsrechte ernsthaft mit den Fachstellen diskutiert werden kann.*

*Der Beirat Burglesum beschließt demnach die Durchführung einer Planungskonferenz gemäß § 8 OBG zur Entwicklung der Kindertagesbetreuung im Stadtteil. Die Planungskonferenz soll anstatt der Beiratssitzung am 24.04.2018 erfolgen. Der Beirat weist*

*in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die zuständigen Stellen nach dem OBG zur Teilnahme an einer Planungskonferenz verpflichtet sind.*

*Der Beirat Burglesum erwartet nach seinem Informationsrecht gemäß § 7 Absatz 1 OBG eine detaillierte Auskunft von SKB und IB zur geplanten Kindertagesbetreuung im Stadtteil für die kommenden Jahre und die Teilnahme der zuständigen Stellen in der Planungskonferenz am 24.04.2018.*

#### **TOP 4: Beiratsmittel 2018 –Vergabe der 1. Rate**

**Herr Hornhues** stellt die Anträge kurz vor. Es ist eine Einzelabstimmung bei Nr. 10 und 24 von den Grünen gewünscht.

Übersicht siehe Anlage 1.

Beschluss: Die Ziffern 1 bis 9; 11 bis 23 und 25 werden einstimmig beschlossen.

Zu Ziffer 10 führt **Frau Schnaubelt** aus, dass die Grünen der Ansicht sind, dass die besonderen Musikinstrumente für die Schule bewilligt werden sollten, da diese niemals aus dem Bildungsetat angeschafft werden. Sie beantragen die Bewilligung der vollen Antragssumme.

*Beschluss: 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen.*

Somit ist der Antrag abgelehnt und wird an den Kinder- und Jugendbeirat weiter geleitet.

Zu Ziffer 24 teilt **Frau Schnaubelt** mit, dass für die Anschaffung einer Markise die Summe von 500,00 Euro ausreichend ist. Die Grünen beantragen daher die Bewilligung von 500,00 €.

*Beschluss: 3 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen*

**Herr Boehlke** lässt nun über Bewilligung der vollen Antragssumme in Höhe von 1.000,00 Euro abstimmen.

*Beschluss: 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen*

#### **TOP 5: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen zur Änderung der Bebauungspläne 371 und 943**

**Herr Boehlke** erinnert, dass es sich um einen Antrag aus der letzten Sitzung handelt. Dieser wurde im Februar ausgesetzt aufgrund von Erörterungsbedarf. Der Beirat stimmt über den Antrag ohne weitere Aussprache ab.

*Beschluss (14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):*

*Der Beirat Burglesum bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ein Planänderungsverfahren jeweils für die Bebauungspläne 371 und 943 einzuleiten.*

*Dabei soll sich die Änderung der Bebauungspläne in diesen Gebieten auf die derzeit zugelassene Wohneinheit mit gleichzeitiger Sicherung der jetzigen Bebauungsdichte beschränken und die zugelassenen Wohneinheiten der aktuellen Situation nach mehr Wohnraum nach oben angepasst werden.*

*Mit den Änderungen ließe sich der bereits vorhandene Wohnbestand optimaler ausnutzen.*

Begründung:

*Die Bebauungspläne 371 (rechtskräftig seit 1971) und 943 (rechtskräftig seit 1976) beschränken die Nutzung der Wohngebäude bislang auf maximal zwei Wohneinheiten. Diese Begrenzung ist im Zuge des heutigen Wohnbedarfs nicht mehr zeitgemäß und hat in der Vergangenheit bereits mehrfach eine bauliche Entwicklung im Bestand verhindert. Gleichzeitig sind in unmittelbarer Nähe, im Gebiet des Bebauungsplans 901, in den 1990iger Jahren vereinzelt Mehrfamilienhäuser entstanden.*

### **TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

- Finanzierung der offenen Jugendarbeit (Beschluss des Beirates vom 12.12.2017); Herr Boehlke verliest das Antwortschreiben.
- Antwort zum Beschluss des Regionalausschusses Bremen-Nord vom 28.02.2018; Herr Boehlke verliest das Antwortschreiben.

### **TOP 7: Mitteilungen des Beiratssprechers**

Keine

### **TOP 8: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

- 8.1:** **Frau Schnaubelt** wünscht sich ein ausführliches Protokoll der Beiratssitzungen. Seit der gemeinsamen Beiratssitzung mit dem Beirat Gröpelingen würden die Protokolle zu wenig ausführlich sein. Sie weiß oft nicht mehr, was sie gesagt hat und möchte es nachlesen können. Auch Bürger hätten sich darüber bei ihr beschwert.
- 8.2:** **Herr Tegtmeier** gibt zur Kenntnis, dass lt. Herrn Bussmann vom SVGO in der Halle kein Schimmelbefall wäre, die Halle somit doch bespielbar ist.
- 8.3:** **Herr Friesen** möchte wissen, wie die Belegung im Übergangwohnheim Am Rastplatz ist. Herr Boehlke verweist auf die Sitzung des Sozialausschusses am Donnerstag, den 15.3.2018, dort wird berichtet.
- 8.4:** **Herr Friesen:**
- Der Verbindungsweg entlang des Heidbergbades ist stark vermüllt.
  - Es sollte geprüft werden, ob eine Messung der Luftbelastung durch LKW und PKW für die Anwohner in Burgdamm und Burg-Grambke durchgeführt werden kann. In 30 Minuten hat er 20 Schwerlast-LKWs in Burgdamm gezählt.

- Pkws fahren mit hohem Tempo in den 30km/h-Zonen bei Staus in den Wohnstraßen in Burgdamm und auf Rad- und Gehwege. Es werden keine Kontrollen durchgeführt.

Ende der Sitzung 20:40 Uhr.

*gez. Boehlke*  
**Vorsitzender**

*gez. Hornhues*  
**Sprecher des Beirates**

*gez. Tietjen*  
**Protokoll**